

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

Sondernummer -30

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS-KOMITEE

MÄRZ 1978

5 Jahre Anti-Strauss-Komitee

**Für eine demokratische
Zukunft –**

Gegen Strauss!



5 JAHRE ANTI-STRAUSS-KOMITEE

ANTI-STRAUSS-KOMITEE, Kampf gegen Strauss, heißt das, daß wir unsere Aufgabe vor allem darin sehen, die Person Strauss zu bekämpfen?

Wir meinen, nein.

Von Anfang an war die Gegnerschaft zu Strauss und seiner Politik nicht das einzige, was die Mitglieder und Freunde des Anti-Strauss-Komitees verband. Strauss war und ist für uns diejenige politische Figur, die am meisten die politische Richtung und die gesellschaftlichen Kräfte an sich bindet und konzentriert, von denen nach wie vor die Gefahr eines neuerlichen Faschismus ausgehen kann.

Loderer nennt Strauß ^{MA} Gefahr für die Demokratie ^{30. 11}

Frankfurt (ap) — Mit „Unverständnis und Empörung“ hat der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall die Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß und die Umstände seines Besuches in Chile zur Kenntnis genommen. Das Programm dieser Reise sei eindeutig auf die Interessen der Pinochet-Diktatur zugeschnitten gewesen, hieß es in einer Erklärung. Der Gewerkschaftsvorsitzende Loderer betonte, in der Bundesrepublik gebe es „rechts außen“ Leute, die weit im politischen Abseits stünden und die — wie die deutsche Geschichte beweise — gefährlich seien. Die IG Metall habe stets vor Strauß gewarnt. Loderer erklärte: „Er ist eine Gefahr für unsere Demokratie.“

Wir waren und sind nicht allein gegen Strauss als Person, sondern auch und gerade gegen die politische Richtung, die Strauss vertritt.

Darum ist Strauss nie ein bayerisches Problem gewesen, sondern ein west-deutsches.

Kampf gegen Strauss, das heißt für uns, aufzuzeigen, welches politische Programm dieser Mann vertritt: die Beseitigung der Demokratie unter dem Vorwand, sie retten zu wollen, wie Strauss es in Chile unverhohlen verkündete.

Kampf gegen Strauss, das heißt für uns, offenzulegen, welche Verbindungen er zu Industrie und faschistischen Regierungen und Organisationen hat, daß er nicht ein einsamer Rechtsaußen ist, sondern der "Geheimtip der Industrie" (der Volkswirt, 20.11.1972) und der "Führer des Rechtskartells" (wie er sich selbst auf dem CSU-Parteitag am 17.10.1970 bezeichnete).

Kampf gegen Strauss, das heißt für

uns, klarzumachen, daß Leute wie er keine gesellschaftlichen Randerscheinungen in der Bundesrepublik sind, sondern daß die politische Realität in der BRD, — daß es eine winzige Minderheit gibt, die auf Kosten der Mehrheit lebt und herrscht — immer die Gefahr bedeutet, daß diese winzige Minderheit zum Faschismus greift, wenn sie ihre Macht und ihre Profite gefährdet sieht.

Kampf gegen Strauss, das heißt für uns auch, zu sehen, daß das immer unverhohlene Äußern seiner Absichten und das immer offenere Auftreten von alten und neuen Nazis in unmittelbarem Zusammenhang steht mit Notstandsgesetzen, Berufsverboten und "Anti-Terror"-Gesetzen, die nicht die Terroristen, sondern die demokratischen Rechte eines jeden treffen.

Gerade in den letzten Jahren, als über eine Million Arbeitslose, sinkende Realeinkommen, fehlende Lehr- und Ausbildungsplätze bewiesen, daß es eben nicht zutrifft, daß es den Arbeitern gut geht, wenn es den Unternehmern gut geht, wurde eine Vielzahl von Gesetzen und Maßnahmen beschlossen, die der arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeiten aus der Hand schlagen sollen, sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lage zu wehren, sich für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt einzusetzen.

Kampf gegen Strauss, das heißt für uns, Kampf gegen die Notstandsgesetze, mit denen dann "legal" die Demokratie beseitigt werden kann. Ein Strauss würde diese Gesetze im Bedarfsfall ohne Skrupel handhaben. Kampf gegen Strauss, das heißt für uns Kampf gegen Berufsverbote, durch die der Staat von Demokraten gesäubert werden soll und fortschrittliche Menschen eingeschüchtert werden sollen.

Kampf gegen Strauss, das heißt für uns Kampf gegen "Anti-Terror"-Gesetze, durch die die gesetzliche Möglichkeit geschaffen wurde, Bürger, die nicht einmal im Verdacht irgendeines Verbrechens stehen, festzunehmen, zu durchsuchen und wie Verbrecher zu behandeln.

Aus der zunehmenden Einschränkung

bürgerlicher Rechte und Freiheiten, die von breiten Teilen der Bevölkerung kaum in ihrem vollen Ausmaß erkannt wird, daraus zieht Strauss seinen Nutzen. Kann er doch dann, wenn seine Auftraggeber in den Chefetagen der Großkonzerne es einmal verlangen sollten, jene Gesetzesmaßnahmen unumschränkt zur Anwendung bringen, jede Opposition ausschalten, gegen jeden Widerstand mit offener Gewalt vorgehen.

Auf der anderen Seite stehen die Demokraten, empört über diesen Abbau demokratischer Rechte, die sich gegen diese Angriffe zur Wehr setzen. Erfolgreich wird dieser Kampf nur sein, wenn es gelingt, eine breite geschlossene Front gegen die Angriffe von rechts zu stellen, den Kampf für mehr demokratische Rechte und Freiheiten zu führen.

Es reicht nicht aus, den Widerstand zu organisieren, wenn man allein steht. Der Gegner muß in seiner vollen Gefährlichkeit erkannt werden, es muß klar werden, wen wir vor uns haben, Strauss darf nicht lediglich als ein unberechenbarer, Schlagzeilen machender Super-Reaktionär eingeschätzt werden; das wäre eine leichtsinnige Unterschätzung jener gesellschaftlichen Kraft, die hinter ihm steht und ihre aggressiven Absichten verfolgt.

Für mehr Klarheit zu sorgen, in den eigenen Reihen, das soll unsere Arbeit leisten, auf diese Weise wollen wir mit unserer Zeitung auch überörtlich im Bundesgebiet einen Beitrag leisten. Bei Aktionen die Einheit herstellen: Darin sehen wir unsere Aufgabe in der praktischen Arbeit. Wir glauben, daß unsere Erfahrungen auch anderen Demokraten von Nutzen sein können.

Für eine demokratische Zukunft -
Gegen Strauss!

**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**

Herausgegeben vom Anti-Strauss-Komitee

In eigener Sache:

5 Jahre ANTI-STRAUSS-KOMITEE

sicher ein Anlaß, eine (Anti-) Strauss-Sondernummer herauszubringen. Der tatsächliche Grund ist aber Strauss.

Abbau demokratischer Rechte, offenes Auftreten von Neofaschisten, haben vielfach Empörung und Proteste hervorgerufen. Dabei darf es aber nicht stehenbleiben. Man muß sehen, wer die Nutznießer sind und wer ihre aggressive Politik macht: Strauss. Er will Ministerpräsident werden, jetzt spätestens heißt es aufwachen! Deshalb haben sich viele Komitee-Mitglieder hingesetzt und ihre Erfahrungen und Meinungen niedergeschrieben, und so entstand diese Strauss-Sondernummer:

INHALT:

Was Strauss bei uns will	S. 4
CSU als Unternehmerpartei	S. 6
Abhöraffäre Strauss	S. 8
Hilfstruppe Vierte Partei	S. 9
Unterschätzung des Gegners	S. 11
Strauss als Ministerpräsident	S. 14
Frühere Strauss-Affären	S. 15
Verbindungen zu Südafrika	S. 17
Verbindungen zur Großindustrie und alten und neuen Nazis	S. 20

Was Strauss bei uns will

"Freiheit und Demokratie" nach chilenischem Vorbild

"Am meisten bin ich von dem inneren Frieden und der politischen Stabilität in Chile beeindruckt"

(Strauß auf einer Pressekonferenz in Chile, SZ 24.11.77)

Ein Aufschrei der Empörung ging durch die demokratische Öffentlichkeit in der BRD, als Strauß im November letzten Jahres auf seiner Chile-Reise das faschistische Mörderregime lobte und rechtfertigte.

Sogar der RCDS, die Studentenorganisation von CDU/CSU bezeichnete die Erklärungen von Strauß als einen "Schlag ins Gesicht" aller von der Junta verfolgten Christdemokraten und aller anderen Demokraten Chiles (SZ 23.11.77)

Inzwischen haben sich diese Wogen wieder geglättet. Als Strauß anlässlich der Kommunalwahlen in Regensburg hetzte und das Anti-Strauß-Komitee und das Regensburger Bürgerkomitee an verschiedene Organisationen herantrat, um diesem Auftreten eine demokratische Öffentlichkeit entgegenzusetzen, hörten wir oft wie ehemals: nichts machen, am besten gar nicht hingehen, das wertet den Strauß doch nur auf!

PINOCHET: "DIE FREIHEIT MUSS HIN UND WIEDER IN BLUT GEBADET WERDEN!"

STRAUSS: "DIE FREIHEIT IN CHILE MUSS ERHALTEN BLEIBEN."

Strauß aufwerten?

Wer ist Strauß?

Ein bayerisches Großmaul in Lederhosen, ein Bierdimpfel, der sich in Chile zu weit vorgewagt hat? Ein ewiger Rechtsausen, zwar mit großer Klappe, aber auf verlorenem Posten ohne Aussicht, in seiner Partei sich durchzusetzen, den man

am besten rechts liegen läßt?

Wir meinen: nichts von alledem!

Strauß hat in Chile (nicht zum ersten Mal aber bisher nie so laut und deutlich) sein Programm verkündet, ein Programm, wie die bürgerlich-parlamentarische Demokratie unter dem Anschein der Legalität beseitigt und eine faschistische Zwangsherrschaft errichtet werden kann.

"Er (Pinochet, die Red.) nimmt allerdings - und das ist ja richtig - für sich in Anspruch, daß nicht er die demokratisch-parlamentarische Ordnung zerstört hat, sondern das Parlament ihn aufgefordert hat, dem verfassungswidrigen Treiben eines marxistischen, zum Bürgerkrieg treibenden Präsidenten ein Ende zu setzen, und daß die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie im Sinne einer funktionsfähigen tragbaren Dauerlösung leider noch nicht erreicht sind!" (Strauß in Santiago, SZ 23.11.77) Denn die alten politischen Parteien und ihre Führer seien "greinende, verbrauchte und verschlissene Typen". (SZ 25.11.77)

Pinochet habe im Auftrag des Parlaments gehandelt, er wollte "dem verfassungswidrigen Treiben eines marxistischen Präsidenten ein Ende setzen", x)

er wollte "die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der parlamentarischen

x) Um diese Lüge aufrecht zu erhalten, bezichtigte Strauß sogar E. Frei, den Führer der chilenischen Bruderpartei "unter einem gespaltenen Bewußtsein" zu leiden (SZ 25.11.77), als dieser Strauß widersprach:



Demokratie im Sinne einer funktionsfähigen Dauerlösung" schaffen, und natürlich sei es bei dem Sturz der Regierung Allende "nicht freundlich zugegangen, wenn Militärs eingreifen, ist es anders, als wenn ein Franziskanerorden Suppen verteilt". (SZ 25.11.77)

Daß Strauß faschistische Regimes, in denen Tausende getötet, gefoltert und in KZs gefangen gehalten wurden und werden, lobt und preist, ist empörend, aber nichts Neues.

Strauß hat in Chile mehr getan. Er hat in aller Offenheit - während sein Spezi Zimmermann ihn gleichzeitig wieder einmal als Kanzlerkandidat der CDU/CSU für 1980 ins Gespräch brachte - einen erschreckend realistischen Weg zur faschistischen Zwangsherrschaft auch in unserem Land aufgezeigt:

Die Demokratie beseitigen unter dem Vorwand, sie zu retten.

Denn Strauß spricht doch täglich über die "sozialistische Mißwirtschaft" in der BRD, daß die Regierung "abgewirtschaftet" habe und "verbraucht" sei, daß die BRD

dem Terrorismus ausgeliefert worden sei, von dem Chaos, in dem die SPD/FDP-Koalition die BRD treiben ließe. Strauß bezichtigt doch ständig die Regierung des Verfassungsbruchs; nicht umsonst rufen CDU/CSU immer wieder die Verfassungsgerichte an.

Strauß weiß nicht erst seit Chile, wie er das politische Klima schaffen will, das für seine "Rettung der Demokratie" nötig ist:

"Aus diesem Grunde können wir unsere Warnungen und unser Nein nur pauschal aussprechen, denn die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf psychologisch besserem Boden beginnen kann als heute."

Und weiter: "Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten mit der Maßgabe, daß sie sagen: 'Seht, solange wir das sind, ist unser Leiden ja nicht so schlimm. Wenn die aber hinkommen, die muten Euch eine Roßkur zu. Soweit sind wir noch nicht.' Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden." (Sonthofener Rede 1975)

Gegen die Nazi Lügen:

Wie Hitler
die Arbeitslosigkeit "beseitigte"
und andere Legenden

Nachdruck einer
1945 erschienenen Schrift von W. Ulbricht "Legende vom
deutschen Sozialismus"

Zu bestellen bei
Verlag Freies Volk, 8 München 2, Tul-
beckstr.4 zum Preis von DM 1.50

Unter weissblauen Fahnen:

Schwarz braune Politik

DIE CSU - EINE UNTERNEHMERPARTEI!

Da haben sie ihre Partei!

Eine bayerische Partei: Für bayerische Großbrauereien und Großgrundbesitzungen, für bayerische Mühlen und Sägewerke, für bayerische Motorenwerke, Kraftfahrzeugfirmen und Feinmechanikbetriebe, bayerische Elektroindustrie und Flugzeugbau, bayerische Stahlerzeugung und Leichtmetallbetriebe, Textilerzeugung, Radiotechnik und Elektronik, Optik und Glas, Nahrungs- und Genußmittelbetriebe ... alles bayerische Unternehmungen: mittlere und Großunternehmungen, Monopole und Filialen von Monopolen, die alle das im Schweiß des Angesichts erworbene Geld in die bayerischen Bayerischen Vereinsbanken, bayerischen Deutschen Banken und bayerischen Dresdner Banken fließen lassen, wo es sich emsig mit dem Geld aus den nicht-bayerischen Wirtschaftsbetrieben paart und sich in Form von Aktien und Wertpapieren, Tantiemen, Dividenden oder Gewinnausschüttungen auf dem freien Kapitalmarkt tummelt, um ja nicht die bayerischen Investitionsanleihen oder die sogar staatlich geförderten Investitionsspritzen auf ihrem Weg daran zu hindern, wieder in die freien bayerischen Wirtschaftsunternehmen zu fließen. Dorthin wo sie tausende neuer Arbeitsplätze schaffen, um den Hunderttausenden, nur als einfache aber stolze, nur als Arbeitgeber verkleidete Bayern und Nicht-Bayern zu zeigen, wie doch alles zum Rechten bestellt ist: Wenn die da oben oben bleiben, dem weißblauen Himmel die Treue

haltend, so nahe und verbunden, daß selbst wenn jene zuweilen auf Gäubodenfeste oder Bierhallen heruntersteigen, der weißblaue Farbenglanz noch ausreicht, um die tief schwarz-braunen Flecken auf den sauberen Westen zu überstrahlen.

Und wenn dann sogar der bayerische Vorsitzende jener Unternehmer-lustigen, christlichen und sozialen Union aus seinem bayerischen BMW steigt, vor uns tritt, die flache Hand - Gott zum Gruß - erhebt, "Meine Damen und Herrn" sagt und dann zu uns spricht ...: In tiefer Verantwortung für Bayern, Deutschland und die Demokratie und mit seiner Verpflichtung als kommender bayerischer Ministerpräsident und somit "Großsiegelbewahrer der bayerischen Geschichte" will er unserer bayerischen Volksgemeinschaft helfen, alles zu vergessen:

- den Ärger im Betrieb
- die Sorgen mit Schulkindern
- die Laufereien wegen der Rente
- die Angst um den Arbeitsplatz
- die immer noch fehlende Lehrstelle für den Ältesten
- die Ratenzahlungen, die nicht enden,
- die Anschaffungen, die nicht aufhören,
- den Geldbeutel, der nicht dicker wird,
- die Mieten, die regelmäßig steigen,
- die sündteuren Buspreise,
- die Kinder, die immer mehr zu essen brauchen,
- das Zeug, das immer mehr kostet,
- die Kosten, die immer mehr steigen...

Strauss als "Anwalt des kleinen Mannes"

Z. B.: in Regensburg

In Hagen bei der Verleihung eines Fachsingsordens hat er noch - angesichts der 1500 Demonstranten gegen ihn - großspurig verkündet: "Ich gehe vorn durch den Eingang rein und nirgendwo sonst." Bei uns in Regensburg hat er sich schon nicht mehr unter die kleinen Leute zu mischen getraut, sondern er ist durch die Hintertür gekommen und durch die Hintertür gegangen. Daß die Rede diesmal in der RT-Halle stattgefunden hat, hat er mit dem Wetter entschuldigt, statt zuzugeben, daß er Angst hatte, wieder auf

dem Domplatz zu reden, Angst, daß wieder Hunderte von Zuhörern in einer Gegen-demonstration wegziehen würden, wie 1976 nach seiner Rede zu den Bundestagswahlen.

Und dann hat er sich die Regensburger Zuhörer angeschaut und entsprechend seine Rede gestaltet - hätte er unter seinesgleichen sich bewegt, unter Großkop-ferten und Multimillionären, dann hätte er ganz was anderes gesagt. Aber so hat er sich halt als Normalbürger gegeben und den Leuten mit Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten gerade das gesagt, was sie hören wollten - und dann das, was er ihnen dabei noch unterschieden will.

Ganz volkstümlich fängt er an und erklärt, daß seine Partei - im Gegensatz zu den SPD-Bürokraten - immer bestrebt sei, die kleinen Leute zu fragen, bevor sie Entscheidungen trifft; Beispiele aber hat er keine gewußt. Und dann weiter: Immer wieder fängt er mit etwas Richtigem an, bringt die Zuhörer zum Zustimmung und schläfert sie ein, um ihnen dann hintenrum seine Meinung unterzuschieben, seine Meinung, die er stellvertretend für das Großkapital vorträgt. Er entschuldigt die kleinen Leute, die Offizianten und Milchhändler, die vor 1933 Hitler gewählt haben, vergißt aber zu sagen, daß das Großkapital Hitler an die Macht gebracht hat. Er spricht von "wir", "wir, die gebrannten Kinder der Weimarer Republik", als ob es gerade ihm im 3. Reich schlecht gegangen wäre. Er gibt sich als der Mann von der Strasse, er ist selbst Autofahrer, wie alle andern auch. Und nach der Anbiederung dann die Aufforderung, daß man ihm vertrauen könne, ihm und der freien Marktwirtschaft. Denn durch ein wirtschaftsfreundlicheres Steuersystem würden Investitionen angeregt und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und wieder sagt er nicht, wie es wirklich ist: daß die Betriebe das Geld nur nehmen, um zu rationalisieren, um also arbeitssparende Maschinen zu kaufen und damit noch mehr Arbeitslose und noch höhere Profite zu produzieren.

Er ist gegen ein Berufsgrundschuljahr, weil das den Unternehmer finanziell überlaste - er sagt aber nicht, daß damit die Ausbildung verbessert wird und ein Jahr wegfällt, in dem der Arbeitgeber schon Geld aus dem Lehrling ziehen kann. Er wettet gegen die kooperative Gesamtschule, weil die die Chancengleichheit herbeiführen könnte, er will doch nur Chancengerechtigkeit, und "es muß auch Dumme und Faule geben". Und wenn er "dumm" oder "faul" (lerngestört?) ist,

dann ist nicht etwa die Gesellschaft Schuld, sondern ganz allein die Natur des Einzelnen. Denn wenn man versuchen würde, jedem eine Chance zu geben, dann wäre das Gleichmacherei, und wenn man sagt, daß die Unternehmer ein anderes Interesse haben als die Arbeiter, dann ist das "Konfliktstrategie", und die will er ja überhaupt nicht. Überhaupt sind alle Freunde und sitzen in einem Boot, und wo es Konflikte gibt, da müssen sie in demokratische Spielregeln eingebettet sein (so wie in Chile?). Er sagt auch nicht, daß diese Spielregeln ja eben erst wieder durch die sogenannten "Anti-Terror-Gesetze" eingeschränkt worden sind, daß uns diese neuen Gesetze eine Einschränkung des Demonstrations-, Streik- und Versammlungsrechts gebracht haben. Und er tritt "dem totalen Anspruch der Gewerkschaften" entgegen, also den Organisationen der Arbeiter und Angestellten, die alles erkämpft haben, was wir bisher an Rechten haben.

Auch für Rentner hat er ein Bonbon, er wettet - zurecht - über Schmidts Rentenpolitik, denn das kann er, weil er ja nicht selbst an der Regierung ist und keine Vorschläge machen muß.

Aber neben viel Understatement protzt er auch immer wieder mit sich, mit seiner guten Abiturnote und daß er Maximilianer war, zeigt also, daß er schon was kann und doch der geeignete Führer ist. Dann gibts wieder ein Zuckerl fürs Volk, wenn er sagt, daß "mancher unverbrauchte Bauernbub besser ist als ein hochgezüchteter Professorensohn", er hetzt ein wenig gegen die G'studenten und läßt wieder vergessen, daß er ja selber einer ist.

BEWEIS

STRAUSS SAGT
ER BETREIBE KEINE
INTELLEKTUELLENHATZ
ER SEI JA SELBER EIN
INTELLEKTUELLER

KOLLEGE HITLER
SCHRIEB SOGAR
EINEN BESTSELLER

(Heinz Jacobi)

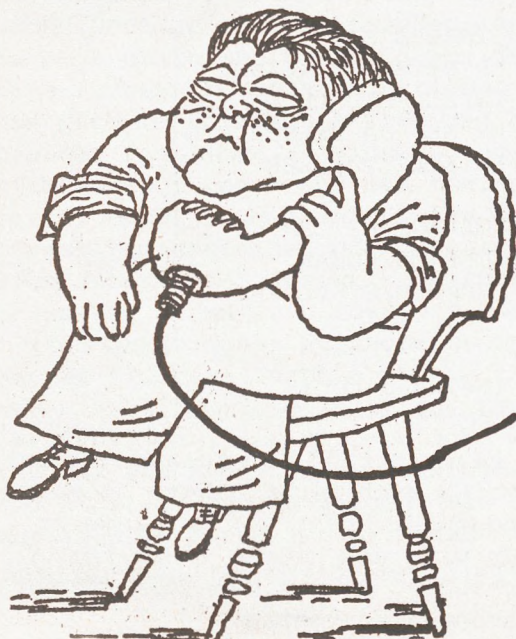
Das ist klar: Strauß ist keiner von uns und vertritt auch nicht unsere Interessen, sondern er steht auf der anderen Seite. Er will uns kleine Leute für dumm verkaufen, um uns dann vor seinen Karren spannen zu können.

Strauss belauscht Franz Josef

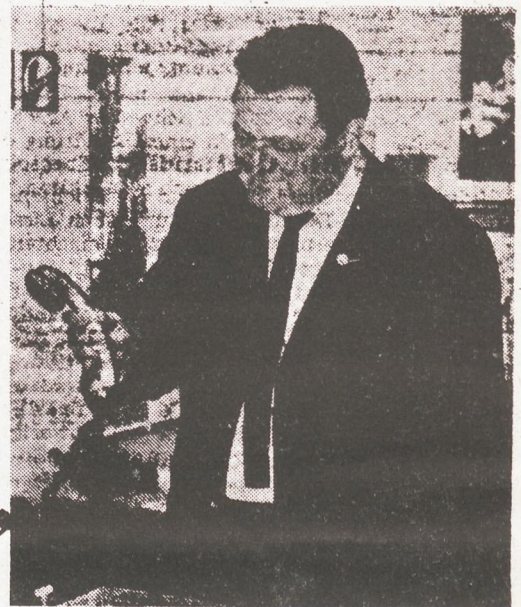
Die bayrische FDP traute Strauß zu, sich selber abzuhören und war darüber erstaunt daß es erstmals eine Strauß-Affäre gab, in der er Opfer war und nicht etwa Täter. Alle waren überrascht von dieser Abhör-affäre, denn wer sollte ausgerechnet Strauß abhören? Die Bundesregierung hat glaubhaft versichert, daß sie Herrn Dr. Strauß so etwas nicht antäte. Wer hat also dann Interesse, Strauß im Zusammenhang mit der weitgehend ungeklärten Lockheed-Affäre als Opfer verfassungswidriger Taktiken hinzustellen?

Strauß in Sonthofen: "..... all das macht nicht die Wahlergebnisse von morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild" Und zur Taktik: "Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen."

Der integre Strauß also verfolgt wie Prof. Traube? Man kriegt es nicht in den Kopf hinein. Denn Abhören und Bespitzeln ist doch von jeher das Geschäft der Reaktion, und die Reaktion und Strauß sind eben auch nicht zu trennen ...



"Geheimnisvoll" blieb auch die "Entführung" seines Auslandsreferenten mit dem "Narbengesicht", Dieter Huber. Man schildert ihn als "wieseligen, zuverlässigen, generalstabsmäßigen Planer, der für Strauß leidenschaftlich engagiert ist." (Mittelbayr. Zeitung) Diesen Mann also hat man Strauß gekidnappt. Das müssen doch Leute getan haben, die vor nichts zurückschrecken. Unklar ist aber eines geblieben: warum haben sie das getan? Weder haben sie Lösegeld verlangt, noch eine politische Forderung gestellt. Kann denn so eine Entführung Selbstzweck sein?



Wieder fragt man sich, wem diese Geschichte in den Augen unkritischer Zeitgenossen und Wähler genützt haben könnte. Es können doch nur die Kreise sein, die die Nutznießer der ganzen Terrorismus-Hysterie und der "Antiterror-Gesetze" sind. Diese Nutznießer gehören zur äußersten Reaktion, in deren Zentrum nach wie vor Strauß steht. Strauß, der die bereits vorhandene politische Verwirrung und wirtschaftliche Unsicherheit sowie Mißtrauen und die Enttäuschung darüber, was bei der Regierungspolitik herausgekommen ist, noch weiter in seinem Sinn schürt und vertieft, um sich dann einmal als "Retter" hinstellen zu können, sagte schon in Sonthofen: "Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden."

Das Manöver mit der ‚Vierten‘:

Die CDU

auf Vordermann

gebracht

Wo ist sie geblieben? Bei den letzten Bundestagswahlen 1976 hatte die 'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei' noch mit halbseitigen Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen geworben. Hunderttausende wurden investiert, um ein Programm bekannt zu machen, das eindeutig die Ziele von Strauss propagierte. Hatte die millionenschwere 'Vierte Partei' plötzlich kein Geld mehr? Oder ihre politischen Ziele wieder aufgeben? Oder war die AVP nichts weiter als ein politischer Schachzug, wenn ja, von wem, - und wer steckt dahinter? Und was sollte bezweckt werden?

Im Februar 1976 war ein Brief an den rechtskatholischen Verleger Stiff (Münster) bekannt geworden, in dem der CSU-Führer Strauss bestätigte, daß er bereits seit Jahren "mehrmals und ausgiebig" auf die Bildung einer CSU-ähnlichen 'Vierten Partei' hinarbeite. Strauss forderte den Verleger auf, "für diesen Gedanken und seine Verbreitung zu arbeiten und zu aktivem Einsatz im gegebenen Fall bereit zu sein" (vgl. die TAT, 6.2.76).

So einen gegebenen Fall sah Strauss in der Zeit vor den Bundestagswahlen, als es darum ging, einerseits die politischen Ziele von Strauss bundesweit durch die Massenmedien bekannt zu machen und andererseits die CDU innerhalb der Union auf die ultrarechten, nationalistischen und von jeder liberal-demokratischen Regung gesäuberten Positionen eines militanten Antikommunismus zu bringen. Die Debatte um den an die Nazis erinnernden Wahlslogan "Freiheit oder Sozialismus" war lediglich das, was an

die Oberfläche drang. Im Grunde der Auseinandersetzung ging es darum, daß Strauss seinen Kurs auch dem letzten Liberalen in der CDU aufdiktierte. Von Strauss, der 'Vierten Partei' und von Ultrarechten innerhalb der CDU wurden deshalb die norddeutschen Christdemokraten in die Zange genommen. So waren bereits im Februar 1976 elf Bremer CDU-ler aus der Partei ausgetreten mit der Begründung, die CDU habe den "Boden demokratischer Grundprinzipien verlassen und sowohl ihre eigenen Ordnungsgesetze als auch allgemeingültige Gesetze mißachtet" (sprich: Strauss schafft an! Basta! - Anmerkung der Redaktion). Die Austritte waren vom sogenannten "Freundeskreis für die CDU" initiiert, dem unter anderen der ehemalige CDU-Pressesprecher Kurt Zielski angehört. Zielski selbst war im Januar wegen "schweren parteischädigenden Verhaltens" aus der CDU ausgeschlossen worden und hatte darauf die Gründung einer 'Vierten Partei' in Bremen angekündigt. Im Juli 76 meldet die Süddeutsche Zeitung: Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) ist auf einen harten Konfrontationskurs zur CDU gegangen. Die Bundeswahlkampfleitung der AVP hat allen Kreis- und Landesverbänden eine von Generalsekretär Biedenkopf angeführte 'schwarze Liste' mit 21 CDU-Bundestagsabgeordneten zugeschickt, die ihrer Ansicht nach "zum SPD/FDP-Linksblock keine personelle Alternative darstellen und durch bisherige politische Tätigkeit eine national unzuverlässige oder sozialpolitisch unverantwortliche Haltung bekundet haben". Die national Unzuverlässigen waren bei den Hitler-

Nazis alle diejenigen, die nicht in der Partei waren und mit ihr dem Führer folgten! Hier ging es darum, solche Leute wie Hans Katzer und Norbert Blüm, Paul Mikat, Erik Blumenfeld und andere (alle auf der Liste) auf Strauss einzuschwören. Falls die CDU sich nicht einig werden würde, könnte man das "national zuverlässige Stimmenpotential" ja noch mit der AVP einfangen und dem Strauss in die Waagschale werfen. Fieberhaft wurde die AVP-Kulisse aufmontiert. Die Gelder flossen, der Bundesvorsitzende Dietrich Bahner - selbst ehemaliger Schufabrikant - war nicht kleinlich. Er machte es wie sein Idol Strauss. Fehlte was, so wurde es besorgt. Die für die Zulassung in einem Bundesland zur Bundestagswahl notwendigen 2000 Unterschriften kamen zustande. Auch wenn die Koblenzer Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Wahlfälschung und der Urkundenfälschung gegen die rheinland-pfälzische AVP ermittelte (siehe die "Woche", 2.9.76).

Während also einerseits die AVP als Druckmittel aufgebaut wurde, hielt Strauss die letzte Entscheidung im sogenannten 'aktiven Einsatz in der Schwebe'. Da Kohl und die CDU sich endlich "national zuverlässig" verhielten, wurden Strauss und seine CSU mit ihnen handels-einig. Die AVP hatte ihre Schuldigkeit getan!

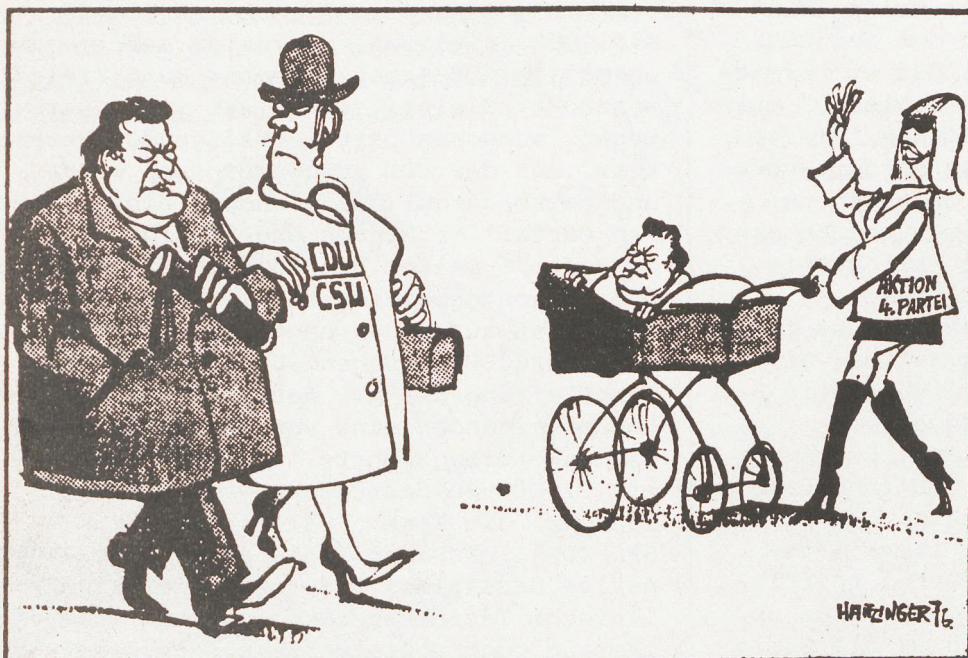
Schließlich zog die AVP bundesweit zurück und erhielt dafür uneingeschränktes Lob aus dem Munde ihres politischen Vorbildes Strauss, nachdem sie in einem kabarettreife Verfahren ihre Kandidatur zugunsten der CDU/CSU zurückzog, - so wie vor vier Jahren die NPD in Baden-Württemberg zugunsten von Fillbingers CDU.

Die Süddeutsche Zeitung schrieb damals:

Die Sitzung des Bundeswahlausschusses verlief wie eine Posse und endete mit einem Eklat. Zunächst ging es um die Beschwerde der AVP wegen ihrer Nichtzulassung durch den Landeswahlausschuß Hamburg. Dort hatte die Partei zunächst 2162 Unterschriften eingereicht, von denen sie jedoch 293 zurückzog, weil sie - wie die Partei selbst mitteilte - „offensichtlich gefälscht waren“. Von den restlichen Unterschriften wurden 865 nicht anerkannt. Den Nachweis, daß die zur Zulassung erforderlichen 1348 gültigen Unterschriften vorlagen, konnte die AVP nach Meinung des Bundeswahlausschusses nicht führen. //

Seite 6 □ Süddeutsche Zeitung Nr. 210

Rein 'zufällig' hatte die AVP in vier Bundesländern den Anmeldeschluß für ihre Landeslisten jeweils um ein paar Minuten verpaßt. Viermal in Nord und Süd das Gleiche! Dies Zufällige nahm der AVP-Bundesvorstand zum Vorwand, die Zurückziehung der gesamten Kandidatur zu empfehlen, so wie es laut Strauss "Helmut Kohls und meiner Bitte entsprach".



„Ich kenne die Person überhaupt nicht!“

Zeichnung: Heitzinger

Regensburger SPD-Zeitung:

Strauß • eine Karriere

Unter diesem Titel war ein Artikel zu lesen (Information Altstadt 1978), der zu denken gibt. Als Satire aufgemacht, gibt er leider nichts zum Lachen her. Nichts gegen Satire - aber wenn der Leser nicht mehr weiß, wo das Verulken aufhört und das Verharmlosen beginnt, ist sie wohl ein bißchen verunglückt.

Sicher haben Spott und Satire zu Recht ihren Platz in der Politik, aber man darf dabei nichts verwischen. Wenn Antifaschisten früher statt "Heil Hitler"

"Heilt Hitler" sagten, dann war das witzig und treffend. Man konnte sich unter dieser Heilung was Richtiges vorstellen. Aber wenn der Verfasser dieses Artikels (es geht um Strauß und Chile) u.a. schreibt:

"Der Vollblutler und sichere Pistolenschütze Strauß - bisher wirkte er mehr im Stillen und gab sich nach außen gern das Image eines Provinzlers mit Trachtenhut und Gamsbart, der - ein Skandal hier, eine Affaire dort - an 'am Schweinshax'n und a Maß Bier mehr Gaudi hatte als am harten Geschäft eines Politikers -"

dann hat er sich wohl schon früher nicht richtig informiert. Er kommt dann zwar selbst auf Strauß' zahlreiche vorangegangene Reisen in andere faschistische Länder, erweckt aber den Eindruck, als wäre das alles nur so im Privaten passiert und ohne alle Auswirkungen. Zwar ist richtig, daß Strauß bisher nicht auf so eklatante Weise seine Bewunderung für ein faschistisches Regime kundgetan hat wie im Fall Chile, aber der Schreiber vergißt (sich) zu fragen, warum Strauß jetzt die Zeit dafür für gekommen hält!

Weiter meint er:

"Durch seine unklare Terminologie und unbedachte öffentliche Äußerungen im Fernsehen oder in bierdunstgeschwängerten Hinterzimmern niederbayerischer Dorfwirtshäuser - man merkt, daß der Gelehrte nicht Herr der freien Rede ist - provoziert er Mißdeutungen seiner Ansichten, die zu vermeiden wären."

Dazu ist zu sagen, daß Strauß sich gewiß nicht unbedacht geäußert hat, daß er durchaus Herr der freien Rede ist (der Verfasser soll sich doch wieder einmal selbst eine Strauß-Rede anhören). Strauß setzt sich hier beileibe keiner Mißdeutung seiner Ansichten aus. Wer zweifelt denn noch, daß er vollen Ernstes einen

Faschismus wie in Chile als durchaus tragbare und machbare Regierungsform ansieht? Der Verfasser doch hoffentlich nicht? Die meisten Strauß-Anhänger haben da jedenfalls keinen Zweifel! Das ist ein "Witz", der ins Auge gehen kann.

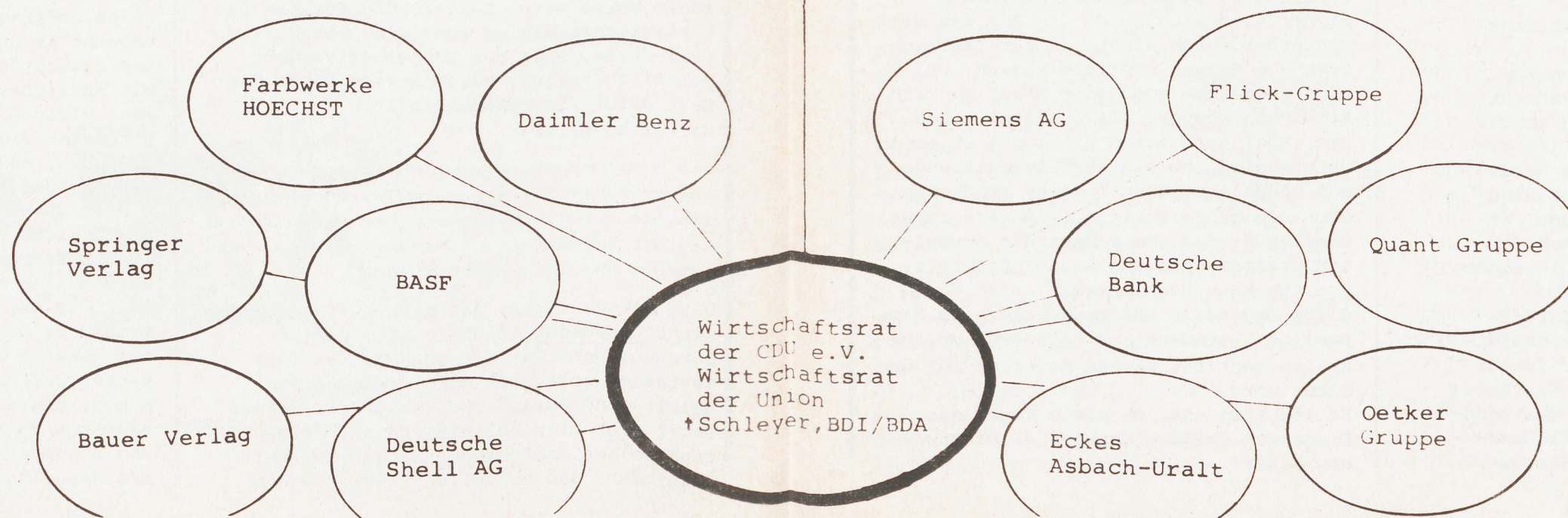
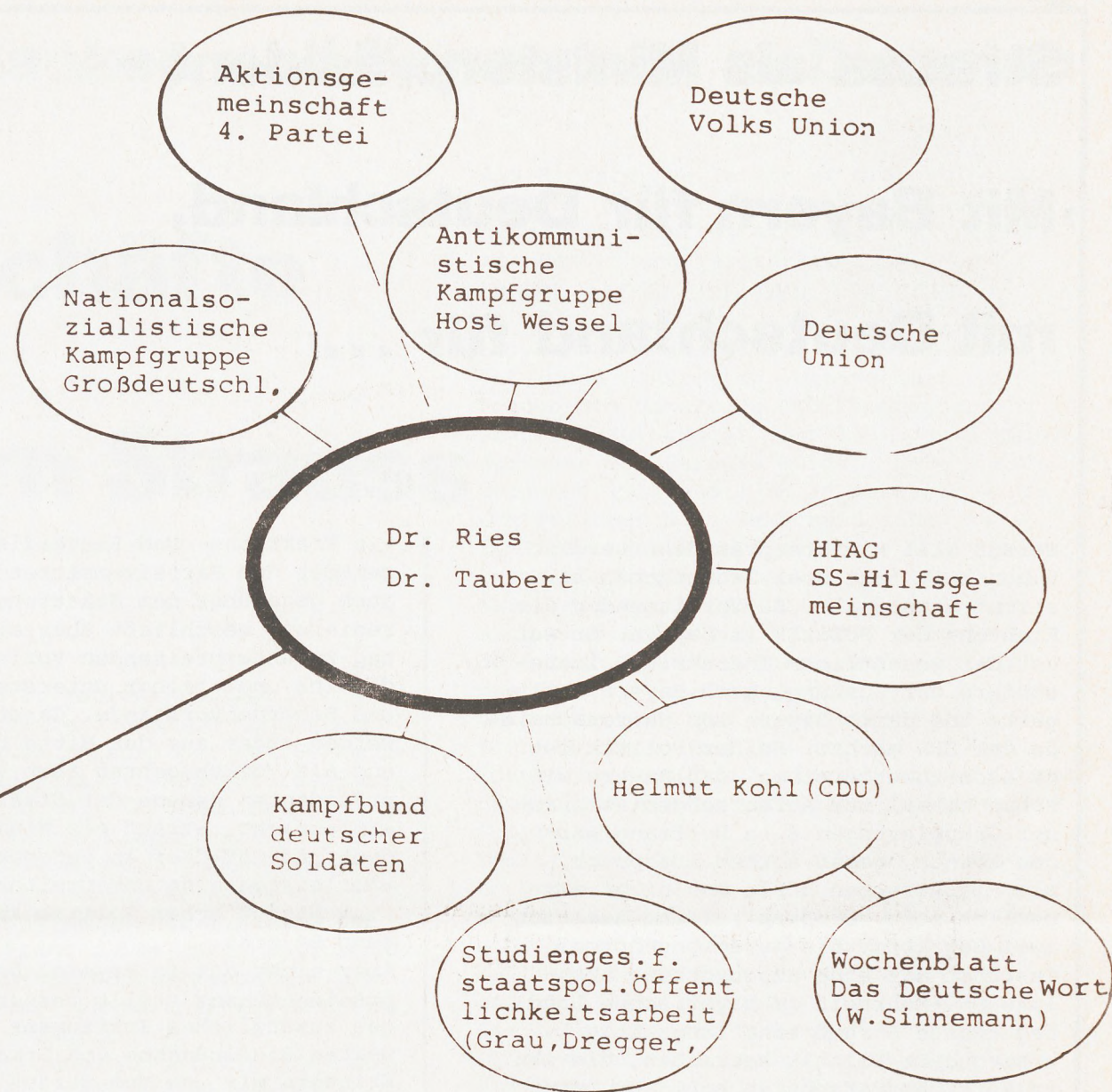
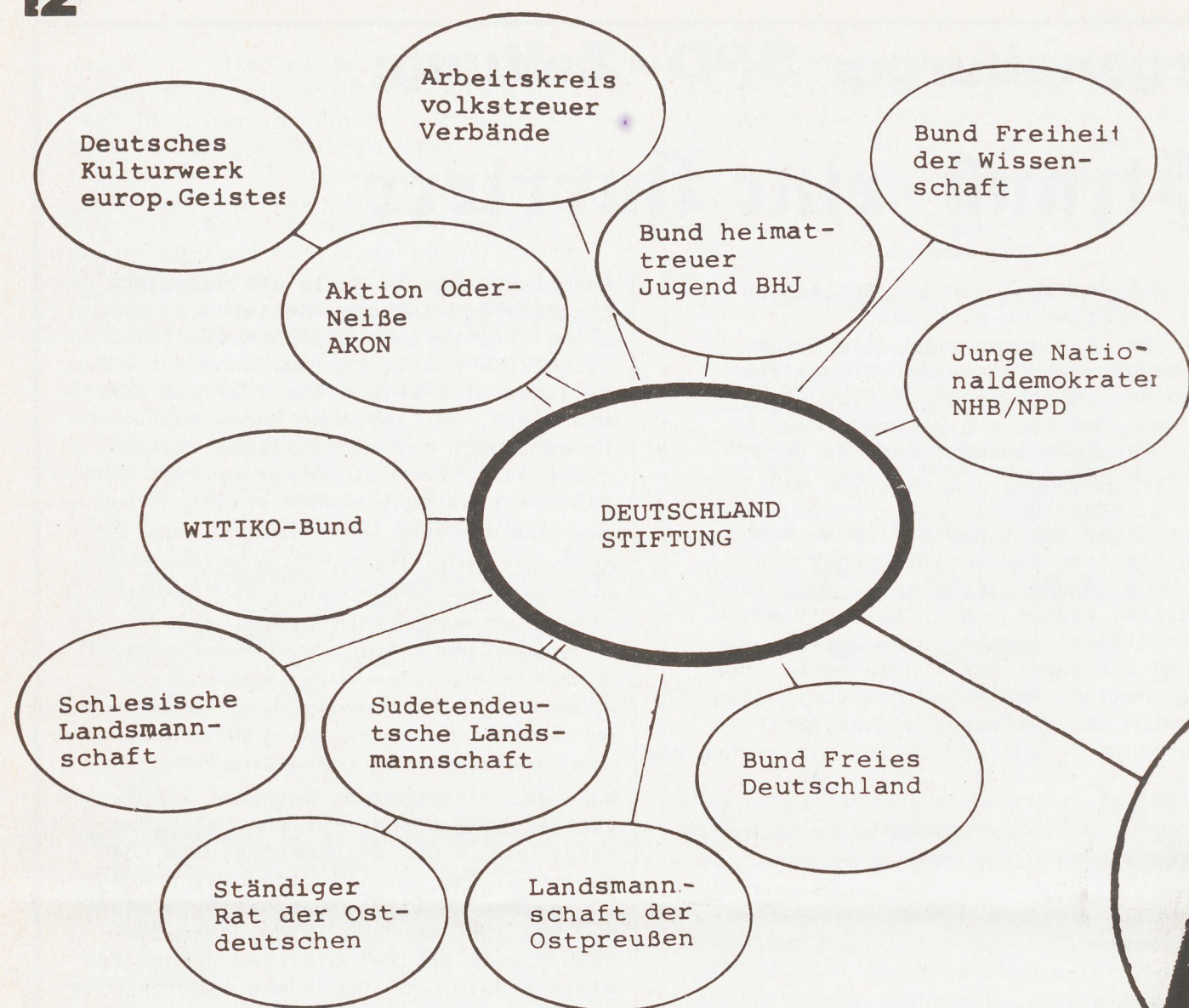
Es geht auch gar nicht witzig weiter (nach einer Anspielung darauf, daß Strauß Ministerpräsident werden will):

"Das nicht wegzuleugnende Verdienst von Strauß ist es jedoch, erstmals wieder einer breiten Öffentlichkeit aufgezeigt zu haben, wie unklar und dehnbar Begriffe sind, die wie "Demokratie" - unserem Volk von außen aufgedrängt werden, welche Möglichkeiten aber auch, wenn weitgereiste und phantasievolle Politiker damit herumhantieren - darinnen stecken!

Wir dürfen alle auf den "inneren Frieden" gespannt sein, der nach den unruhigen Jahren der Hektik, des Umtriebes und der Franziskanersuppen auf uns zukommen wird."

Wenn der Verfasser so gespannt ist, wär's vielleicht gesünder für ihn, sich das jetzt und in Chile anzusehen, als abzuwarten, wie es sich dann hier und auf ihn selbst auswirkt. Und das gilt nicht nur für ihn, sondern leider, und deshalb dieser Artikel hier, auch noch für viele andere, von denen man immer wieder derartige Verharmlosungen dieses Mannes hören kann. Statt die Augen aufzumachen, seine Gefährlichkeit zu sehen und dagegen zu kämpfen, zehren sie sich auf Witze über ihn zurück und vertreten allen Ernstes, daß Strauß "aufgewertet" wird, wenn man etwas gegen ihn tut. Der wertet sich selber auf, der ist längst von Wert für seine Auftraggeber vom Großkapital, da braucht er uns nicht dazu.

Uns braucht es, um zu verhindern, daß wir Ähnliches wie 1933 erleben müssen! Wenn viele Sozialdemokraten damals, als Hitler an die Macht gebracht wurde, glaubten, es würde schon nicht so schlimm werden, und so einen könnte man ja auch wieder absetzen, dann sollten wir doch heute nicht vergessen, welcher grundsätzlicher Irrtum das damals war. Denn damals wurde allen eine schreckliche Lehre zuteil: Im KZ, in Gefängnissen und an der Front. Da wurde erkannt, was vorher zu tun gewesen wäre. Wo ist dieses Wissen heute? Und was fangen diejenigen, die es haben, damit an, um in ihren Reihen Klarheit zu schaffen und damit endlich und bevor es zu spät ist, vom Wissen zum Handeln zu kommen?



Strauss als Ministerpräsident -

»Mit Bayern für Deutschland, mit Deutschland für ...«

Strauß will Ministerpräsident werden. Schon seit fast drei Jahrzehnten bestimmt Strauß als CSU-Vorsitzender die Richtung der Politik in Bayern. Er war es, der wesentliche Industrien, insbesondere der Rüstung, nach Bayern verlagerte und damit Bayern zur Waffenschmiede der BRD machte. Seiner Politik ist es auch zuzuschreiben, daß Bayern wie schon einmal zum Aufmarschgebiet brauner Gruppierungen à la Hoffmann werden konnte, gemäß seinem Ausspruch, mit Hilfstruppen dürfe man nicht zimperlich sein. Großkapital und Reaktion - zwei Begriffe, die zusammengehören! Gestützt auf eine ungebrochene absolute CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag konnte Strauß eine langzeitig-konsequente Politik betreiben, die ihn in Aufsichtsratsposten hob, ihm neben diesen Millionen noch Haus- und Grundbesitz im In- und Ausland einbrachte, die ihm ermöglichte, sich als "Führer des Rechtskartells in beste Empfehlung" zu bringen, wie er es selbst einmal ausdrückte.

Und nun möchte er Ministerpräsident werden.

Angesichts seiner Verbindungen zur Wirtschaft und als Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus-GmbH und in der Politik als CSU-Vorsitzender ist die Frage wohl berechtigt: Welche Bereicherung bedeutet Strauß dieser Ministerpräsidentenposten überhaupt? Wäre das nicht lediglich eine Art formale Bestätigung seines ohnehin schon großen politischen Einflusses?

Laut bayerischer Verfassung beruft der Ministerpräsident die Staatsminister und -sekretäre, bestimmt ferner die Richtlinien der Politik. Die hierfür erforderliche Zustimmung des Landtages ist ihm bei CSU-Mehrheit ohnehin sicher, nun aber nicht mehr nur

via Fraktions- und Parteidisziplin gegenüber dem Parteivorsitzenden, sondern auch gegenüber dem Staatschef. Die Staatsregierung beschließt über alle dem Landtag zu unterbreitenden Vorlagen, ernennt die ihr unmittelbar unterstellten Beamten und Behördenvorstände. Gesetzesvorlagen werden außer aus der Mitte des Landtags und als Volksbegehren auch vom Ministerpräsidenten namens der Staatsregierung eingebracht. Strauß als Ministerpräsident und CSU-Chef in Personalunion gewährleisten also unmittelbare Durchführung Strauß'scher Politik in der Regierung Bayerns.

Aber nicht nur in Bayern. Das Ministerpräsidentenamt stellt ferner ein wichtiges zusätzliches Instrument zur bundesweiten Einflußnahme von Strauß dar.

Erinnern wir uns des Strauß'schen Wahlkampfeslogans: "Deutschland braucht Bayern" und "Bayern ist kein Tummelplatz für sozialistische Experimente in liberaler Verbrämung, sondern ein Land mit Staatsbewußtsein und nationaler Verantwortung für ganz(?) Deutschland".

Sicher wird sich durch das Amt des Ministerpräsidenten nichts an der Zielrichtung von Strauß' Politik ändern, er wird auch kaum noch mehr Macht dadurch erreichen können, als er jetzt schon hat. Aber nach außen hin macht es einen Unterschied, ob ein Parteivorsitzender und ehemaliger umstrittener Bundesminister die große Politik in Bayern macht, oder ob er das vom Podest des gewählten Staatsmannes und Regierungschefs aus tun kann. Und immerhin tritt da nicht irgendein Parlamentarier ins Rampenlicht, sondern der Regisseur der Reaktion bereitet seinen Auftritt auf der Bühne vor.

Es liegt an uns, ob eines Tages das Drama von Chile auch hier gespielt werden soll!

Den Banken und Konzernen zu Diensten

Die Geschäfte des Herrn Strauss

AFFAIRE HS 30

Zwischen dem 6. Februar und dem 2. August 1957 bestellte der damalige Bundesverteidigungsminister Strauss bei der Schweizer Firma Hispano Suiza 10 680 Schützenpanzer des Typs HS 30. Als Vorschuß bezahlte das Bundesverteidigungsministerium 205 Millionen DM, was die höchste Summe darstellte, die in Bonn bis dahin für einen einzelnen Rüstungsauftrag aufgewendet worden war. Die Firma Hispano Suiza hatte weder einen Prototyp noch Erprobungsergebnisse vorzuweisen, denn sie hatte noch nie Schützenpanzerwagen gebaut.

Der Bundesrechnungshof stellte 1967 ausdrücklich fest, daß "die Beschaffung in einer Weise betrieben wurde, die mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit nicht in Einklang steht."

Schon von Anfang an wurde der Verdacht geäußert, daß die Vergabe dieses Rüstungsauftrags an die Firma Hispano Suiza von dieser durch Bestechung erreicht wurde. Dieser Verdacht bestätigte sich, und es wurde auch die Summe der Bestechungsgelder bekannt: 18 Millionen DM, von denen allein der CDU-Bundestagsabgeordnete und Wahlkampfleiter seiner Partei Dr. Otto Lenz 3 Millionen erhalten haben soll. Lenz war Berater und Interessenvertreter des Hispano Suiza-Generalbevollmächtigten Kraemer und führte die Verhandlung mit dem Verteidigungsministerium.

Strauss, der dies wußte, stritt im Parlament alles ab, belog es und unterrichtete es bewußt falsch und bewußt irreführend.

Als Minister verschleuderte er Millionen Mark von Steuergeldern, als er den bis dahin größten Rüstungsauftrag an eine dafür völlig ungeeignete Firma vergab.

Als Minister verletzte er grob seine Amtspflicht, weil er die Staatsanwaltschaft nicht informierte, als sich der Verdacht auf Bestechung verstärkte.

ONKEL ALOYS UND DER "SPIEGEL"

Aloys Brandenstein, ein abgewirtschafteter und bankrotter Unternehmer, ein Freund des damaligen CSU-Landtagsabgeordneten Zwicknagel (der 1957 der Schwiegervater von Strauss wurde), befand sich zwischen 1954 und 1958 in schwerer wirtschaftlicher Not. Verschuldet und in ärmlichen Verhältnissen lebte er in einer zweieinhalb-Zimmerwohnung in Frankfurt/Main. Mit der Bitte um Hilfe wandte er sich an die Familie Strauss. Aufgefordert nach Bonn zu kommen, mußte er sich das Geld für die Fahrkarte von Frankfurt nach Bonn erst von Bekannten borgen. In Bonn führte er auf die Empfehlung des Ehepaares Strauß mit einem gewissen Oberst Becker vom Bundesverteidigungsministerium Gespräche.

Unmittelbar darauf verbesserte sich seine Lage:

Er konnte seine Schulden zahlen, zog in eine Villa um und wurde Generalbevollmächtigter der Panzerkettenfirma Backhaus KG. Als Unternehmer machte er gute Geschäfte mit der Bundeswehr, und so dauerte es nicht mehr lange, bis Aloys Brandenstein Millionär wurde. Nach dem Verkauf der Backhaus KG, an dem er auch verdiente, verlegte er sich auf das Auslandsgeschäft.

Auch dem Oberst Becker ging es gut. Trotz heftiger Proteste von Seiten des Personalschefs setzte Strauss es durch, daß er zum General befördert wurde, obwohl von einem Personalgutachterausschuß des Bundestages festgelegt wurde, daß Becker den Rang eines Obersten nicht überschreiten dürfe.

So verhalf Strauss dem Freunde seines Schwiegervaters aus der Patsche.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete in seiner Ausgabe vom 3. Oktober 1962 darüber. Es war klar, daß "Der Spiegel" auf der Untersuchung der Strauss'schen Affären bestehen würde. Da blies man zum Angriff auf das Nachrichtenmagazin. Wegen eines Artikels im folgenden Heft wurde von einem Parteifreund des Ministers Strauss, von der Heydte, Anzeige wegen Landesverrats und landesverräterischer Fälschung erstattet. Die Redaktionsräume des Magazins wurden von Geheim-

dienstleuten besetzt und durchsucht, und alle Redaktionsmitglieder wurden festgenommen. Dies geschah alles auf Befehl des Ministers Strauss. Strauss griff sogar auf ein anderes Ministerium über: das Justizministerium. Er berief sich auf eine Weisung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Adenauer - die dieser nicht erteilt hatte und auch gar nicht hätte erteilen können - und ordnete an, daß der Staatssekretär im Bundesjustizministerium den Bundesjustizminister Dr. Stammberger nicht über die anlaufende Aktion gegen den "Spiegel" unterrichten dürfe.

Sodann ließ Strauss den "Spiegel"-Redakteur Ahlers, der gerade im damals faschistisch regierten Spanien seine Ferien verbrachte, festnehmen. Um seine Festnahme bei den spanischen Behörden zu erwirken, gab Strauss vor, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler zu handeln. Dann log er, daß das Auswärtige Amt informiert und einverstanden sei.

Der Einsatz von Sicherheitsoffizieren des MAD war ein schwerer Eingriff in die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes.

Strauss hatte sich vor dem Parlament, der Weltpresse und der deutschen Öffentlichkeit als Lügner entlarvt. Sein Rücktritt wurde gefordert. Als Strauss sich weigerte, traten die FDP-Minister des Adenauer-Kabinetts zurück. Der Kanzler mußte sein Kabinett auflösen und ein neues ohne Strauss bilden. Am 2. Dezember 1962 erhielt Strauss seine Entlassungsurkunde. Doch sogar diesen erzwungenen Rücktritt suchte er zu seinem Vorteil umzumünzen. In einer parteioffiziellen Werbeschrift konnte man lesen: "Als ihm seine Feinde die parlamentarische Korrektheit bestritten, trat er zurück. Er aht seine Macht als Oberbefehlshaber nicht ins Spiel gebracht". Das bedeutet im Klartext: "Seht, welch ein aufrechter Demokrat! Er hat nicht einmal versucht zu putschen!"

STARFIGHTER

Wie der Schützenpanzer HS 30 verschlang auch die Anschaffung des "Starfighters" riesige Summen an Steuergeldern. Die Umstände der Beschaffung lassen sich vergleichen: Es lagen weder ein Prototyp noch Erprobungsergebnisse vor. Doch kostete dieses Flugzeug nicht nur viel Geld, sondern auch Menschenleben.

Der Starfighter, in der Grundversion ein Schönwetter-Anfangjäger, wurde in den USA von der Herstellerfirma Lockheed zu einem Allwetterjäger und Mehrzweckbomber (also auch Atombomber) umgebaut. In einem Aktenvermerk des Verteidigungsministeriums ist zu lesen: "Von dem Herrn Minister wurde entschieden, daß die Einhaltung der Liefertermine ... den Vorrang hat und demgemäß auf eine Abnahme des Entwicklungsergebnisses verzichtet werden müsse".

Die Entwicklungskosten für die Umrüstung betrugen laut Bundesrechnungshof 340 Millionen Mark.

Um die Liefertermine einzuhalten, wurde bewußt auf eine Erprobung verzichtet. Das kostete über 90 Piloten das Leben. Die Zahl der Abstürze liegt bei über 180. Unter dem Aktenzeichen 180690/64 stellte das Landgericht München vor über zwölf Jahren fest: "Es kann ... keinem Zweifel unterliegen, daß ihm ... der Geruch der Korruption" anhafte.

1958 begann diese Affäre, und sie ist noch lange nicht zu Ende.

1976 wirbelte sie noch einmal viel Staub auf. Viel zu viel für manche. Der alte Strauss-Freund Hauser sagt vor einem Ausschuß in Washington aus, daß im Zusammenhang mit der Starfighterbeschaffung von der Firma Lockheed hohe Beträge an Bestechungsgeldern an Personen der CDU/CSU gezahlt worden wären. Als man der Sache auf den Grund gehen und die entsprechenden Akten im Bundesverteidigungsministerium einsehen wollte, mußte man erstaunt feststellen, ... sie waren nicht mehr da!

Strauss hatte, als er als Minister gehen mußte, alle Akten mitgenommen, nach offiziellen Angaben über 700, also einen ganzen Lastwagen voll.

Natürlich war nichts mehr konkret nachzuweisen, aber ... der Geruch der Korruption haftet so an ihm, daß jeder die Gewißheit hat.

Quellen: Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co. PDI-konkret 6

Schwarzbuch: Franz Josef Strauß
Kiepenheuer & Witsch

Strausszitat:

"90 Prozent meiner Besucher
sind Waffenhändler."

Schwarzes Herz schlägt für Südafrika

Seit dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft über Mozambique und Angola engagieren sich offizielle Stellen der BRD, besonders aber die führenden Kreise der CDU/CSU verstärkt im Süden Afrikas. Im "Bayernkurier" und anderen Organen der Rechtspresse wird das Bild der Staaten Südafrika, Namibia und Rhodesien kräftig geschönt. Demnach bedrohen Terroristen "schwarz-kommunistischer Prägung", ferngelenkt aus Moskau oder Havanna eine wahre Idylle, die Rassentrennung (Apartheid) gilt höchstens als kleiner Schönheitsfehler. Warum schlägt das Herz von F.J. Strauß so vernehmlich für diese Staaten?

Über Aufsichtsratsposten und andere Beziehungen ist Krauss-Maffei, Messerschmidt-Bölkow-Blohm und Dornier, dem Haus Siemens, der Fa. Rohde und Schwarz und anderen Konzernen verbunden, die hauptsächlich für die Rüstung arbeiten.

Diese Groß-Firmen belieferten schon die portugiesische Kolonialherrschaft mit Waffen und Fahrzeugen. Jetzt locken noch viel größere Aufträge (u.a. Infanterie-Panzerabwehrwaffen vom Typ "Milan", Hubschrauber, Militärlastwagen, Transportflugzeuge "Transall", Munition, Kriegsschiffe).

Noch weit wichtiger für beide Seiten ist die Zusammenarbeit in der Atom-Forschung. Die Republik Südafrika (RSA) hat bezeichnenderweise den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet. Die Entwicklungsarbeiten für eine Uran-Anreicherungs-Anlage geschehen mit Hilfe der "Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe" und der STEAG AG, Essen, beide Firmen sind staatlich, bzw. staatlich kontrolliert. Es liegt auf der Hand, daß die Republik Südafrika in der Atomforschung militärische Gesichtspunkte zugrundelegt, weniger wirtschaftliche.

Der Hintergrund für die umfangreiche atomare und konventionelle Rüstung Südafrikas liegt in der Furcht der einflußreichen Kreise dieses Landes vor den

Befreiungsbewegungen der Schwarzafrikaner im eigenen Land und im benachbarten Namibia und Rhodesien und vor den selbständig gewordenen Staaten im Südteil Afrikas.

Eine weitere Erklärung der Vorliebe unserer rechten Scharfmacher und ihrer hochkarätigen Freunde in der "Wirtschaft" stellen die überaus reichen Bodenschätze dieser Region. Neben Uran lagern in der Erde Südafrikas Diamanten, Gold, Platin, Bauxit, Kupfer, Zinn, Chrom, Titan, Kobalt, Tantal, Germanium, Lithium und andere begehrte Rohstoffe. Kein Wunder, daß sich westdeutsche Bankiers und Industrielle in dieser Region einschalten.

Es liegt nahe, daß die Uranvorkommen der RSA die Rohstoffbasis nicht nur für die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik bilden. Die hohen Militärs der BRD können in der RSA auch in der technischen Vorbereitung einer atomaren Aufrüstung Kenntnisse sammeln.

Dazu kommt noch die strategische Bedeutung, denn um das Kap laufen die Routen der Öltanker vom Persischen Golf nach Westeuropa und den USA.

Natürlich könnte die hiesige Industrie auch mit einem nicht-rassistischen Südafrika Handel treiben. Es wären aber nicht mehr derart hohe Gewinne zu erwarten, wenn die sog. "Apartheid" mit ihrer extremen Ausnützung der schwarzen Arbeitskräfte wegfielen. Deshalb übersehen unsere Wirtschaftsgewaltigen die Rassenlehren und ihre gewaltsame Aufrechterhaltung durch Polizei und Bürokratie oder sie entschuldigen sie als unvermeidlich.

Wenn 1 Tonne Kohle in der BRD rund 115 DM kostet, in der RSA aber 9-40 DM, dann erklärt sich der Unterschied daraus, daß die schwarzen Bergleute - denen die gefährlichste und ruinöseste Arbeit in den Minen zugeschoben wird - nur den zehnten Teil des Lohnes eines weißen Kumpels erhalten.

Solche Gewinnspannen sind die reale Ursache, daß man in punkto "Menschenrechte und Selbständigkeit" in Südafrika so wenig hört. Nicht umsonst ist den schwarzen Arbeitern jede gewerkschaftliche Organisation verboten. Das kommt auch den rund 400 Unternehmen der BRD, die sich in der RSA, in Namibia und Rhodesien niedergelassen haben zugute. Die Konzerne und Banken haben also ihre guten Gründe zur Unterstützung eines solchen Regimes. Der Wehrexperte der CDU, Herr Wörner hatte vor allem die südafrikanische Region im Auge, als er vor einiger Zeit erklärte, die NATO müßte ihren Einflußbereich auch auf den südatlantischen Raum ausdehnen. Man hat ja in Vietnam gesehen, was sich alles aus "Engagements" dieser Art entwickeln kann, vor allem wenn so gewichtige strategischen und wirtschaftlichen Interessen auf dem Spiel stehen. Auch die faschistischen Organisationen in der BRD "engagieren" sich, der "Wehrsportgruppe Hoffmann" in Nürnberg wird Söldnerwerbung nachgesagt.

Wir meinen, für den kleinen Mann ist noch nie etwas Gutes dabei herausgekommen, wenn die Großen in den Affären anderer Länder herumgestochert haben. Unsere Probleme sind nicht ihre. Es sind die gleichen Kräfte, die sich heute in Südafrika engagieren, die früher unbedingt die Ukraine und das kaukasische Öl brauchten. Es ist einfach nicht wahr, daß wir uns um diese oder jene Rohstoffgebiete und um die Ölrouten kümmern müssen. Die große Mehrheit der afrikanischen Länder, die Mehrheit in der UNO, die schwarze Mehrheit in den Ländern Südafrikas selbst bilden die Garantie, daß sich im ausgehenden 20. Jahrhundert derartige Regimes nicht ewig halten können. Die Weißen in Südafrika sollen sich mit der schwarzen Mehrheit arrangieren. Wenn sie dazu zu borniert und geschichtsblind

sind, müssen sie eben alle etwaigen Folgen tragen. An uns, den kleinen Leuten hier, liegt es, daß wir uns nicht in selbstverschuldete Affären und abzusehende kriegerische Verwicklungen kleineren oder größeren Ausmaßes ziehen lassen. Für die Interessen "unserer" Industrie, für Männer wie Strauß, für ihre faschistischen Freunde, in deren Gefängnissen schwarze Oppositionelle an den merkwürdigsten Unfällen "gestorben" werden?

Es fällt auf, daß Strauß gerade immer dann in Länder wie Südafrika oder Chile reist, wenn innenpolitisch die Wogen hochgehen, z.B. wegen der Terroristenfahndung usw. Er weiß, daß die demokratische Öffentlichkeit sich dann nicht so auf seine Unternehmungen konzentriert. Er empfiehlt sich den faschistischen Regierungen als politischer Sachwalter der westdeutschen "Wirtschaft" und ist begierig darauf, die dortigen "Ordnungsvorstellungen" soweit möglich auf die Bundesrepublik zu übertragen.

EIN BEISPIEL:

ZAIRE

Deutsche Raketen

I) Am 17. Mai 1977 startete im Südosten Zaires die erste deutsche Großrakete seit der V 2 im zweiten Weltkrieg, gebaut und montiert von der bundesdeutschen Firma OTRAG (Orbitale Transport- und Raketentechnologie-Gesellschaft). Hinter dem Projekt steht ein von langer Hand geplantes Raketentechnologie-Konzept der deutschen Industrie.

Ökonomisch interessant ist die neue Konzeption offensichtlich deshalb, weil durch Verwendung verhältnismäßig billiger Teile und technologischer Neuerungen deutliche Kostenvorteile gegenüber den bisherigen Großraketen entstanden waren. Als Treibstoff verwendet die OTRAG eine Mischung von Dieselöl und Salpetersäure, die — bei geringfügig niedrigem Schub — nur etwa ein Dreißigstel des herkömmlichen Raketentreibstoffs kostet. (Informationen nach: Stern v. 2. 6. 77; Dritte-Welt-Magazin v. September 1977)

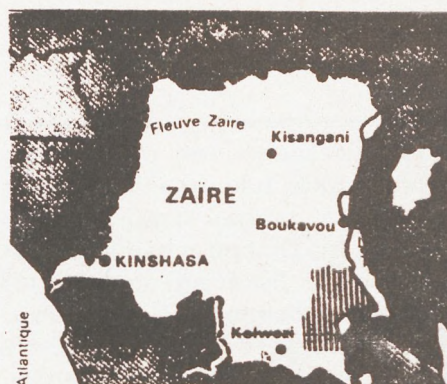
II) Das Firmengelände der OTRAG am Westufer des Tanganjika-Sees hat etwa die Größe der DDR und ist von 300 000 Menschen bewohnt.

Der zairische Staat hat in einem Vertrag vom 6. 12. 1975 der OTRAG das „Recht zur ausschließlichen Nutznießung“ des Firmengeländes zugestanden. Dieses Recht erlaubt der OTRAG, einen eigenen Staat zu gründen, u.a. hat sie das Recht, das Gelände durch Baumaßnahmen aller Art (Straßen, Eisenbahnen, Siedlungen etc.) zu erschließen. Selbstverständlich zahlt die OTRAG weder Zoll noch Steuern, die nicht zairischen OTRAG-Mitarbeiter desgleichen, darüberhinaus unterliegen sie nur der Disziplinargewalt der OTRAG und genießen gegenüber Zaire diplomatische Immunität.

Artikel III des Vertrages bestimmt:

1. Auf dem Firmengelände dürfen sich allein die Personen aufhalten, die hier ausdrücklich von der OTRAG ermächtigt sind. Sie ist berechtigt, die Aufenthaltserlaubnis auf bestimmte Zonen zu beschränken.
2. Der Staat (Zaire) ist auf Aufforderung der OTRAG gehalten, alle anderen Personen vom Gelände zu evakuieren und sie davon fernzuhalten. Darüber hinaus ist es Sache des Staates, alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um auf dem gesamten Gelände die Sicherheit der Anlagen und der dort von der OTRAG zugelassenen Personen zu garantieren. Diese Maßnahmen müssen mit der OTRAG abgesprochen werden, wenn sie durch die Operationen der OTRAG bedingt werden.
3. Auf Verlangen der OTRAG müssen von ihr bezeichnete Orte und Personen vom Staat Zaire unter besonderen Schutz gestellt werden.
4. Jede Verlautbarung über das Gelände, sei es in Bild-, Ton- oder Schriftform, ist ohne Ermächtigung durch die OTRAG unzulässig. (Text aus: Afrique-Asie v. 8. 8. 1977)

Hier wird also die Existenz von 300 000 Menschen (AK, 31. 10. 1977) für illegal erklärt und dem zairischen Staat die Legitimation zur Vertreibung gegeben. Das Firmengelände liegt im Operationsgebiet der ostzairischen Guerilla, was erhellt, daß es aus zairischer Regierungssicht nicht schlecht platziert ist. Die aus westdeutschen Entwicklungshilfsgeldern geförderte infrastrukturelle Erschließung ermöglicht counter-insurgency Strategie, erleichtert die Subvention der Regierungs-Kriegsführung durch westliche Mächte, zwingt schließlich vor allem die BRD, durch Mithilfe an der Zerschlagung der Guerilla ihre Interessen zu wahren.



Schraffiert: Das Konzessionsgebiet der OTRAG in Zaire.

Die zairische Armee verfolgt nach verschiedenen Berichten eine Vernichtungsstrategie gegenüber den Bewohnern der Aufstandsgebiete in Süd- und Ostzaire. Aus Angola wurde berichtet, daß dort bis September 1977 etwa 220 000 Flüchtlinge eingetroffen waren, die z.T. aus dem OTRAG-Imperium vertrieben worden waren (Marches tropicaux, 16. 9.; Radio Maputo, 28. 9., AK 31. 10.).

III) Verbindungsmann zwischen den Betreibern des Raketenprojektes und der zairischen Regierung ist nach Spiegel-Berichten (10. 10. 77) Fred Weymar, ein enger und langjähriger Bekannter des CSU-Chefs Strauß und Finanzberater Mobutus. Strauß ist selber mit Mobutu befreundet; die CSU — nahe Hans-Seidel-Stiftung ist ebenfalls in Zaire aktiv. Der AK ermittelte (13. 9. 1977), daß die zairische Regierung seit Jahren immer wieder Repräsentanten nach Stuttgart (OTRAG-Sitz) und München schickt. Strauß ist selber stark bei der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie beteiligt.

IV) Die Entstehung der OTRAG reicht bis in die NS-Zeit zurück und wurde vom AK recherchiert, dessen Ausgabe vom 31. 10. 1977 die meisten Informationen dieses Abschnittes enthalten sind; weitere Informationen stammen von Wolff Geissler (3WM).

Die OTRAG-Raketenbauer rekrutieren sich aus dem Kreis der V 2-Experten, die nach dem Zusammenbruch des Faschismus ins Ausland gegangen oder kurze Zeit in anderen Tätigkeitsfeldern untergetaucht waren. Schlüsselfiguren sind nicht der OTRAG-Chef Lutz T. Kayser, mit 48 Jahren politisch nicht vorbelastet, sondern die Gruppe um die Nazi-Experten Eugen Sänger, Dr. Irene Sänger-Bredt — dessen Ehefrau — und Pilz. Eugen und Irene Sänger erhielten bereits 1936 vom Reichsluftfahrtministerium den Auftrag, ein geheimes militärisches Raketenforschungszentrum in Trauen/Lüneburger Heide aufzubauen. Von 1942 — 1945 arbeiteten sie im bayerischen Ainring an Raketenprojekten.

1954 kehrten die beiden nach Westdeutschland zurück und übernahmen kurze Zeit darauf leitende Funktionen in der 1948 (I) gegründeten „Deutschen Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt“, Gleichzeitig begannen sie mit den Aufbauarbeiten für das 1956 in Stuttgart gegründete „Institut für die Physik der Strahlenantriebe“ (IPS). Das IPS stand unter der Schirmherrschaft eines Konsortiums von 22 Großunternehmen unter Führung der Daimler Benz AG und vereinte zahlreiche qualifizierte Wissenschaftler, dazu bekannte Größen der NS-Zeit. Finanziert und unterstützt wurde das Projekt von Bonner und Stuttgarter Regierungsstellen. Das IPS unterstützte ägyptische, indische und argentinische Raketenprogramme. Die 1957 an der TH Stuttgart von Sänger gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Raketentechnik und Raumfahrt“ diente wohl der Nachwuchsförderung

„Hinter mir stehen Millionen“

Die vorherigen Seiten beweisen, daß Strauß überall dabei ist, wo es gegen das Volk geht. Die Skandale und Betrügereien, in die Strauß immer wieder verwickelt ist, sind dabei nur Randerscheinungen des Strauß'schen Generalangriffes auf die Rechte und sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen. Um die Rolle von Strauß festzumachen, muß man sich die heutige wirtschaftliche Situation vergegenwärtigen. Sinkende Zuwachsraten, Reallohn-Verschlechterungen, ein immer härter werdender Kampf um Rohstoffmärkte und Absatzchancen zeigen, daß auch an der BRD kapitalistische Krisen nicht vorbeigehen. Hauptbetroffene davon sind die Arbeiter und Angestellten. Die Zahl der Arbeitslosen steigt ständig, (für Strauß kein Grund zur Sorge: "Ein paar % Arbeitslose sind gut für die Arbeitsmoral"), die Armut in der BRD nimmt statistisch nachweisbar zu: immer mehr Menschen sinken unter die Schwelle des Existenzminimums ab. Wielange lassen sich die Hauptbetroffenen dieses wirtschaftlichen Verfalls das noch gefallen? Eines Tages werden sie anfangen, sich dagegen zu wehren, und sei es nur mit konsequenten gewerkschaftlichen Forderungen.

Dem soll vorgebaut werden. Wie sehr die Gesetzesverschärfungen, angefangen von den Notstandsgesetzen 1968 bis hin zu Melde- und Razzengesetzen 1978, nur diesen einen Zweck haben, nämlich die Rechte

der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, das läßt sich an Aussagen zu den Notstandsgesetzen nachprüfen. So der damalige Innenminister Lücke: "Notstandsgesetze sind nicht für den Zeitpunkt geschaffen, wo die Sonne der Konjunktur scheint, sondern wenn es in der Wirtschaft hagelt." Und der CDU-Notstandsexperte Freund: "Streik ist der gefährlichste Notstand."

Die Tatsache, daß es seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze in der Wirtschaft gewaltig 'gehagelt' hat, hat mit dazu beigetragen, daß inzwischen der Angriff auf die demokratischen Rechte immer schlimmer wird.

In dieser ganzen Entwicklung hat Strauß stets die schärfste Gangart an den Tag gelegt und das schärfste Vorgehen gegen die Gegner gefordert. Seine eigenen Vorstellungen, mit den Demokraten aufzuräumen hat er einmal in Sonthofen und zuletzt in Chile bekanntgegeben. Bei alledem handelt Strauß nicht aus Bosheit und seine Macht ist nicht Ausdruck seiner Genialität, vielmehr hat er mächtige Hintermänner, die in Strauß eine Perspektive sehen. Strauß am Ruder, das heißt für die westdeutsche Industrie: Jetzt ist für Rücksichtnahmen nach Innen und Außen nicht mehr die Zeit.

„Alles ist uns erlaubt. Es kommt nur auf die Gesinnung an“

Prälat Maier zum Geburtstagskind Strauß

Untersucht man die wirtschaftlichen Verbindungen von Strauß, so stellt man fest, daß die meisten und die engsten zu großen Industriekonzernen, vor allem der Rüstungsindustrie, gehen. So gesehen wundert es nicht mehr, daß Strauß wie kein anderer Politiker der bürgerlichen Parteien für eine aggressive Außenpolitik eintritt, eine ständig steigende Aufrüstung fordert, für die Neutronenbombe stimmt, gegen unsere östlichen Nachbarn hetzt, die Angst vor dem Kommunismus schürt, das "Heimholen" der Ostgebiete propagiert. Eine Auswirkung dieser Politik ist, daß immer immensere Summen des Staatshaushalts für die Rüstung ausgegeben werden, statt für die Interessen der Bevölkerung, z. B. für das Erziehungs- und Gesundheitswesen.

Es gibt aber noch eine viel gefährlichere Seite dieser Politik. Der letzte Weltkrieg begann als die deutschen Kapitalisten versuchten, neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erobern. Für solche Ziele der westdeutschen Kapitalisten setzt sich Strauß seit langem ein; würde er mit seinen besten Verbindungen zur Kriegsindustrie vor einem neuen Krieg zurückschrecken?

Gewinner des letzten Krieges waren einzig und allein die an der Kriegsproduktion beteiligten Konzerne. Das deutsche Volk aber hat erlebt, wie es geendet hat als die Interessenvertreter des Großkapitals, nachdem mit Hilfe der Faschisten jede Opposition ausgeschaltet war, ungehindert schalten und walten konnten. Das Ergebnis dieser Herrschaft waren viele Millionen Tote, ein zerstörtes Europa, Deutschland ein Trümmerhaufen.

"Strauß ist der Geheimtip der Industrie"
(Der Volkswirt 20.11.72)

Verbindungen von Strauß zur Industrie.

CSU-Freundeskreis.

Der Strauß-Berater Bohmer faßt die Mitglieder des CSU-Freundeskreises so zusammen: "Exponenten der Export- und Wachstums-Industrien, die durch das Wirken von Strauß in den Regierungen Adenauer und Kiesinger erheblich profitiert haben. Die Gruppe reicht von Flick über Quandt, Bölkow/Messerschmidt und Siemens und

schließt Teile der stahlverarbeitenden Industrien an Rhein und Ruhr sowie die Großchemie ein. Dazu kommen entsprechende Bankverbindungen und nicht zuletzt der expansionsträchtige Axel Caesar Springer".

(Zitiert nach F. Schmidt. Der Militär-Industrie-Komplex, Frankfurt 1972)

Zu Wirtschaftsabsprachen mit Strauß und seiner Partei trafen sich außer Vertretern der oben aufgeführten Firmen noch Vertreter von der Shell AG, von der Großchemie - Hoechst und BASF - außerdem Herr Oetker, der seit langer Zeit eifriger Förderer der NPD ist. (Nach KONKRET 24.8.72)

"90 % meiner Besucher sind Waffenhändler"
(Worte Vorsitzenden F. J. Strauß, S. 27)

Strauß selbst ist Vorsitzender der Airbus GmbH. Die deutsche Airbus GmbH ist Teil einer gigantischen Wirtschaftsverflechtung, in deren Mittelpunkt der Superkonzern MBB (Messerschmidt / Bölkow / Blohm) steht. Die Unternehmer dieser Firmen treffen sich - zusammen mit einigen anderen - im "Arbeitskreis Rüstungswirtschaft". Vorsitzender dieses Gremiums war 1972 derselbe Zimmermann - CSU-Mitglied -, der sich lt. Gerichtsurteil den Namen "Old Schwurhand" gefallen lassen muß.

Der Freistaat Bayern besitzt selbst direkte Anteile an MBB!



Strauß, Kohl und Konsul Dr. Ries, Vorstandsvorsitzender der Pegulanwerke, bekannt als Freund und Förderer der bundesdeutschen Nazis.

Strauß erfreut sich nicht nur des Wohlwollens der Industrie, auch in Bezug auf die Presse kann eine Parallele zu Hitler gezogen werden. Die Pressemonopole, allen voran der größte, der Springer-Konzern sind heute voll auf der Seite von Strauß. Sie wollen erreichen, daß auch Teile der Bevölkerung glauben, Strauß würde die Interessen des kleinen Mannes vertreten. Vor 1933 war es der Hugenberg-Konzern, der mit-half Hitler an die Macht zu bringen. Heute wie damals sollen die Menschen durch die Regenbogenpresse verdummt und aufgehetzt werden. Hier soll die Bereitschaft der Menschen erreicht werden, für einen neuen Führer zu sein: Völkerfeindschaft, Rassenhaß, Antikommunismus, Verteufelung von Demokraten, Ausschmücken von Mord und Verbrechen, Schüren der Angst, der Ruf nach einem starken Mann....

Strauß vertritt heute am effektivsten eine menschenfeindliche und kapitalfreundliche Politik. Weil er das für seine Auftraggeber so gut erledigt, ist er für uns so gefährlich. Als Vorsitzender einer bürgerlichen Partei propagiert er faschistische Ansichten und Ziele, wie zuletzt in Chile. Während offene Nazis bei der Bevölkerung heute auf Ablehnung stoßen, kann Strauß dasselbe wie sie vertreten ohne daß ein Sturm der Entrüstung losbricht. Er verherrlicht Länder mit faschistischer Regierung und tut in unserem Land alles einen neuen faschistischen Machtantritt zu ermöglichen. Noch glauben viele, Strauß wolle die Demokratie vor den Terroristen schützen, währenddessen werden augenblicklich unter seiner Federführung Gesetze gemacht, die sich die Nazis teilweise nach '33 erst noch selber machen mußten.



Dokumentation vom
Anti-Strauß-Komitee:
Strauß in Chile . . 1.- DM

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Vor 1920 hatte Hitler für sein Konzept praktisch keinen Interessenten. Ab 1921 begann Hitler die ersten industriellen Freunde für sich zu gewinnen. Die erste, massive Unterstützung erhielt er ab 1923 durch Fritz v. Thyssen, der sofort Hitlers Nutzen für sich erkannte. Mit 100 000 Goldmark stieg er in dieses "Unternehmen" ein. Nach Vorträgen vor rheinischen Wirtschaftsführern unterstützte ihn ab 1927 auch Emil Kirdorf (Gelsenkirchener Bergwerks-AG). Zur selben Zeit stieß die erste chemische Fabrik zu den Unterstützern, die Odin-Werke. 1931 beschlossen die dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat angeschlossenen Unternehmen zur Finanzierung der NSDAP pro verkaufte Tonne Steinkohle RM -.05 zu zahlen. Ab dann schloß sich auch der Flick-Konzern an. Innerhalb kurzer Zeit erkannten fast alle großen Unternehmen in Hitler ihren Mann und unterstützten seine Methoden durch tatkräftige Finanzierung. Nur noch die wichtigsten davon seien genannt: Royal Dutch Shell Company und die größten deutschen Banken, Die Commerz-, Dresdner, Allianz-Bank und das Bankhaus Merk.

(Sämtliche Angaben stammen aus dem Buch: Wer verhalf Hitler zur Macht von Eberhard Czichon, Köln 1967. Das Buch ist vor allem aufgrund des ausführlichen Dokumententeils sehr zu empfehlen).

So ist verständlich, daß die NPD dem Strauß "durchaus Führungsqualitäten" zuerkennt.

Diese Seelenverwandtschaft (beide arbeiten für denselben "Arbeitgeber") findet ihren konkreten Ausdruck in einer engen Zusammenarbeit mit verschiedenen faschistischen Organisationen.

"Ich habe die Ehre, mich als Führer des Rechtskartells in beste Empfehlung bringen zu dürfen." (Strauß auf dem CSU-Parteitag 1970)

Eine interne Information des CSU-Freundeskreises Köln kennzeichnet das Verhältnis der "gemäßigten" und "extremen" Rechten zusammenfassend wie folgt: ".... wir haben an alle NPD-Sympathisanten die Parole ausgegeben: wählt CDU/CSU, stärkt die Opposition, verhilft ihr wieder zur Macht, Franz Josef Strauß ist der kommende Mann. Er löst Adolf Hitler nicht ab, er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führungsqualitäten." (aus Kühnl, die von Strauß repräsentierten Kräfte und, S. 30)

Strauß definierte seine Partei, die CSU, als "Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes". Nach den Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU hat Strauß nun die Unionsparteien fest im Griff. Kohl tanzt nach seiner Pfeife. Wenn es auch den einen oder anderen CDU-ler gibt der sich noch nicht richtig unterordnet, so kümmert sich Strauß auch darum, mit Verleumdungskampagnen gegen diese "Linken" und außerdem mit der Errichtung diverser CSU-Freundeskreise im ganzen Land.

Bei Strauß laufen die Fäden aller reaktionären Verbände, Zusammenschlüsse und Einzelpersonen zusammen.

Daß Mitglieder der CSU auch in rechtsradikalen Organisationen zu finden sind, ist schon öfter festgesetzt worden.

Hinzuweisen ist hier vor allem auf den "Witiko-Bund", eine rechtsradikale Geheimorganisation, der Vertreter der CDU/CSU, NLA (National-Liberale Aktion) und anderen angehören.

Aber nicht nur beim Witiko-Bund finden sich die Schwarzen und Braunen zusammen. Die Hälfte der Vorstandsmitglieder der Sudetendeutschen Landsmannschaft sind Mitglieder des Witiko-Bundes. Prominenter Witikone und zugleich CSU-Mitglied ist der Gründer der NLA (s. o.), Zogelmann, übergetretener FDP-Mann. Seine Aufgabe ist es, das rechte Potential

der FDP für die CSU zu gewinnen, um dann die Aktion ganz dorthin überzuführen. In der Aktion Widerstand, gegründet vom Freundeskreis der CSU, der NLA und des Witikobundes, arbeiten dieselben Leute zusammen. Nicht anders bei der Aktion Oder-Neiße, deren Mitglied Rieger zugleich Pressesprecher der CSU-Freunde in Hamburg ist. Diese Organisation wird vom Bundesinnenministerium als rechtsradikal eingestuft.

Für eine 4. Partei arbeitet der Bund Freies Deutschland. Dieser tritt nach eigenen Angaben für dieselbe Deutschlandpolitik ein, die die NPD seit ihrer Gründung "gradlinig verfolgt". Die Mitglieder Löwenthal, Walden und Springer haben sich auch sonst schon Verdienste um die Unterstützung von Strauß und seinen Zielen erworben.

Daneben gibt es noch eine ganze Reihe anderer Zuträger-Organisationen, von denen täglich mehr aus dem Boden spriesen. "Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft" (Nachfolgeorganisation des berüchtigten "Volksbund für Frieden und Freiheit"), Bürgerinitiativen für freiheitliche Ordnung und Sicherheit, Elternvereine usw..

„Gütezeichen“: Strauß-Pinochet

Lat 10.3.78

Mit einem Titelbild von Strauß und Pinochet und zahlreichen Grußbotschaften zum zehnjährigen Jubiläum wirbt das rechtsextremistische „Deutschland-Magazin“ in großen Anzeigen mehrerer Tageszeitungen (FAZ, Die Welt). Die Grußbotschaften stammen u. a. von Bundestagspräsident Prof. Karl Carstens, Alfred Dregger, Axel Springer („Deutschland-Magazin hat die Rolle eines nimmermüden, hellwachen Warners vor den Systemveränderern aller Schattierungen übernommen“), Hans Filbinger und Helmut Kohl („Eine stattliche Liste prominenter Autoren hat sich im Deutschland-Magazin zu Freiheit, Recht, sozialer Marktwirtschaft, Christentum und Vaterlandsliebe bekannt.“).

CSU-Hilfe für Frey

Der „Deutsche Anzeiger“ des DVU-Frey berichtet triumphierend darüber, daß der bayrische Bundesratsminister Dr. Heubl (CSU) es ein „tolles Stück“ nannte, der „Deutschen Volksunion“ und Dr. Frey „mit ungeeigneten Mitteln“ Rechtsradikalität zu unterstellen. Heubl bezog sich dabei auf den Bericht des Bundesverfassungsschutzes. „Eine solche Fassung des Berichts nährte den Verdacht, die Koalition wolle auch die Union als rechtsradikal diffamieren oder gar mundtot machen“, so Heubl laut „Deutscher Anzeiger“.

Die 1966 gegründete Deutschlandstiftung wendet sich u. a. gegen die "Forderung nach hemmungsloser Freiheit, gegen die interessengebundene Ausbreitung materialistischen Denkens, gegen ein versiegenderes Geschichts- und Nationalbewußtsein". Ihre Zeitung, das Deutschland Magazin, soll vor allem die Jugend im beschriebenen Geist erziehen. Die Zeitung wird deshalb an die Junge Union, den Ring christlicher Demokraten, die

Jugendorganisationen der CDU/CSU als Schulungsmaterial ausgegeben. Die Verbindungen gehen oft nahtlos ineinander über. Für Strauß' Politik im Interesse der finstersten Reaktion lassen sich fast täglich neue Beweise finden. Unsere Darstellung ist sicher nicht vollständig. Worauf es uns ankommt, ist zu zeigen, daß Strauß tatsächlich die zentrale Figur der Reaktion ist.

Gegen die Politik von Strauß zu kämpfen heißt mehr, als gegen einzelne Angriffe auf die Demokratie zu kämpfen. Gegen Strauß kämpfen heißt, die Demokratie erhalten! Gegen Strauß kämpfen heißt, heute verhindern, daß jetzt die Vorbereitungsmaßnahmen dafür getroffen werden, daß die großen Monopole wieder zu ihrer grausamsten Herrschaftsform, zum Faschismus greifen.



Franz Josef Strauß:

„Es kann eine Zeit kommen, wo eine Kaserne genauso notwendig ist wie eine Kirche“

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement des **DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES**

DM 8.- habe ich überwiesen / liegen in Briefmarken bei

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

senden an :

Heinz Jacobi,
Martin-Greif-Straße 3, 8 Mü 2

**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**

20

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8.-
Postscheckkonto Jacobi,
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

Heinz Jacobi, 8000 München 2, Martin-Greif-Straße 3
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag